

# SO sehen wir es

Herausgeber: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil  
Druck: Brühwiler AG, Horgen  
Erscheint sechsmal jährlich  
Preis: Einzelnummer Fr. 3.-, Jahresabonnement Fr. 12.-  
Nummer 3/91 Mai 1991

# SP

Sepp Dorfschmid zur Gemeindeabstimmung vom 2. Juni 1991

## Ein menschengerechtes Zentrum, statt noch mehr Verkehr

Sepp Dorfschmid ist Präsident der SP Wädenswil. Er ist seit 13 Jahren Gemeinderat. 12 Jahre lang war er Mitglied der Raumplanungskommission des Gemeinderats, davon die letzten vier Jahre als deren Präsident. Sepp ist einer der Hauptinitianten der am 2. Juni zur Abstimmung kommenden Gemeindevorlagen über die Gestaltungspläne für die beiden Areale Molkerei und Ferrari.



Sepp, Du hast Dich sehr bemüht, diese Initiativen zustande zu bringen. Du hast schon sehr früh in der SP-Sektion Wädenswil auf die Gefahren einer einseitigen Zentrumsentwicklung hingewiesen. Warum hast Du Dich eigentlich so vehement für diese Problematik eingesetzt?

*In Wädenswil sind genügend Geschäfte vorhanden. Alles wird hier auswahlreich zum Kauf angeboten. Zusätzliche*

*Läden und Publikumsbetriebe brächten keine breitere Angebotspalette. Wohl aber mehr Verkehr, somit mehr Lärm und Gestank. Also keine zusätzlichen Verkaufslöcher und Publikumsbetriebe. In Wädenswil mangelt es an Wohnungen. Wohnungen im Zentrum haben den Vorteil, dass sie keinen Einkaufsstrassenverkehr verursachen. Man wohnt bei den Verkaufsstellen. Zu viele WädenswilerInnen müssen in Zürich ar-*

*beiten. Besser wäre es, wir hätten hier mehr Arbeitsplätze. Das würde die Pendlerbewegungen reduzieren. Die Leute kämen zu Fuss zur Arbeit. Dies hätte einen enormen Zeitgewinn zur Folge und damit auch einen Gewinn an Lebensqualität.*

Wären die Mieten angesichts der Bodenpreise im Zentrum noch erschwinglich?

*Bei genügender Ausnützung*

*und bei verdichteter Bauweise ist der Bodenpreis kein dominanter Faktor mehr. Zudem sind wir der Meinung, dass als Entschädigung für den Verzicht auf Verkaufsflächen und für eine gute Gestaltung eine höhere Ausnützung durchaus gewährt werden könnte. Dies vermindert den Anteil des Bodenpreises je Wohnung spürbar.*

Die Verkehrssituation an diesen beiden Standorten ist schon jetzt katastrophal. Was kann hier und jetzt für die Verkehrsentschärfung unternommen werden?

*Unsere zwei Volksinitiativen mit einem starken "Ja" annehmen! Damit wird unsere Zielsetzung bestätigt: nicht noch mehr Verkehr. Denn Wohnungen im Zentrum verursachen relativ wenig motorisierten Verkehr.*

*Würde man hingegen Betriebe mit intensivem Publikumsverkehr zulassen, hätten wir auf der Zugerstrasse und der Schmiedstubenkreuzung das Chaos gewissermassen vorprogrammiert.*

*Denken Sie nur an die zusätzlich von auswärts anreisenden Kunden der Einkaufsgeschäfte. Bald käme dann der Ruf nach weiterem Strassenausbau.*

*Unser Stadtzentrum soll jedoch nicht zur Verkehrsdreh-*

## **Volksinitiative für einen Gestaltungsplan im Molki-Areal**

Das Gebiet der Molkerei liegt in unmittelbarer Nachbarschaft einer Reihe von Bauten, die das Wädenswiler Ortsbild prägen. Eisenhammer und Adlerburg wurden nach einer öffentlichen Auseinandersetzung durch Volksabstimmung vor dem Abbruch bewahrt. Die Molkereigenossenschaft befasst sich zur Zeit mit Neubauplänen. Man spricht von einem Geschäftshaus und von einer grösseren Zahl von Parkplätzen. Mit der Festsetzung eines öffentlichen Gestaltungsplanes soll sichergestellt werden, dass das Ortsbild nicht gestört wird, sondern eher eine Bereicherung erfährt.

Aber auch der verkehrsmässigen Situation ist Beachtung zu schenken. Die Schmiedstube-Kreuzung bildet bereits heute einen neuralgischen Punkt. Die neue Nutzung des Areals darf keinen Verkehr erzeugen, der die Kreuzung in den kritischen Zeiten zusätzlich belastet. Allfällige grössere Parkieranlagen dürfen nur in Abstimmung mit der öffentlichen Parkraumplanung erstellt werden. Zudem sollen Wohnungen so angeordnet werden, dass sie von den starken Emissionen von der Kreuzung her abgeschirmt sind.

Josef Dorfschmid

---

## **Zum öffentlichen Gestaltungsplan**

Ein Gestaltungsplan gibt der öffentlichen Hand die Möglichkeit, für ein privates Grundstück verbindliche Vorschriften zu erlassen.

Der Gestaltungsplan ordnet auch die Erschliessung der Grundstücke und kann darüber hinaus Bestimmungen über die weitere Umgebungsgestaltung enthalten.

Um die Bedürfnisse der Öffentlichkeit optimal verwirklichen zu können, weicht ein öffentlicher Gestaltungsplan in der Regel von

der gültigen Bau- und Zonenordnung ab.

Ein Gestaltungsplan kann aber für die Bauherren durchaus vorteilhaft sein, wie das Beispiel "Bokken" in der Gemeinde Horgen beweist.

Julia Gerber Rüegg

---

## **Gestaltungspläne Molkerei- und Ferrari-Areal:**

*scheibe verkommen. Menschengerecht soll es sein!*

*Interview: Hans Seitz*

Falls Sie für mehr Verkehr, Gestank und Lärm sind, stimmen Sie NEIN!

## Volksinitiative für einen Gestaltungsplan im Gebiet Rosenberg-, Oberdorf- und Zugerstrasse

Das Gebiet ist geprägt von einer flächenintensiven gewerblichen Nutzung. Es bildet den Abschluss des eigentlichen Dorfkerns. Mit der Zuweisung zur Kernzone soll es in seiner baulichen Gesamtwirkung erhalten bleiben.

Es bestehen Absichten, das Gebiet mindestens teilweise zu erneuern. Um in dieser Situation die mit der Kernzone angestrebten Ziele zu erreichen, ist die Festsetzung eines Gestaltungsplans das geeignete Mittel. Folgende Punkte sind zu berücksichtigen:

Eine Neuüberbauung hat auf die Gebäude Gasthof Rössli und die alte Kanzlei besondere Rücksicht

zu nehmen. Der Verkehrssituation ist besonders Beachtung zu schenken. Das bestehende Strassennetz ist bereits dermassen belastet, dass keinesfalls Nutzungen entstehen dürfen, die starken zusätzlichen Verkehr erzeugen. Bei der Erschliessung muss die Parkraumplanung und die Sanierung Oberdorfstrasse berücksichtigt werden. Bei der Neuüberbauung ist zu berücksichtigen, dass von der Zugerstrasse starke Emissionen ausgehen. Mit der Anordnung der Wohnungen und gestalterischen Massnahmen soll darauf sinnvoll reagiert werden.

Josef Dorfschmid

## Zu den zwei Gebieten an der Oberdorfstrasse

Die künftige Überbauung der zwei betroffenen Gebiete wird angesichts der Grösse der Grundstücke unsere Stadt auf jeden Fall prägen. Das Ortsbild, die Verkehrssicherheit im Zentrum und die Belastung der Luft durch Emissionen werden davon stark beeinflusst.

Es liegt im städtischen Interesse, dass durch den öffentlichen Verkehr gut erschlossenes Land im Zentrum optimal genutzt wird. Die Ueberbauung von weiteren Grünflächen ausserhalb des Zentrums wird dadurch vermieden.

Julia Gerber Rüegg



# Utopien und Realitäten zur Vereinigung Europas

*Imagine there's no countries  
It isn't hard to do  
Nothing to kill or die for  
Imagine all the people  
Living life in peace  
Imagine all the people  
Sharing all the world  
You may say I'm a dreamer  
But I'm not the only one  
I hope someday you'll join us  
And the world will be as one  
(John Lennon 1971)*

In der jetzt wieder aktuellen Diskussion um EG 92 und EWR rückt für mich der Inhalt dieses Songs immer mehr in den Vordergrund. Die Utopie von einer Welt ohne Grenzen, von einer Vereinigung aller Völker und einem Leben im Frieden wurde vor nicht allzu langer Zeit als Träumerei abgetan. Doch die Vereinigung Europas bietet die Chance eine Zwischenetappe zu diesem Ziel zu erreichen. Könnte nicht der Versuch Europas, auf der Suche nach Einheit, das Experimentierfeld dieser Vision werden? Deshalb sollte die Schweiz sich so rasch wie möglich an diesem Einigungsprozess beteiligen, ohne Wenn und Aber, um ihre Solidarität mit dieser Vision zu bekunden. Und wir Sozialdemokraten sollten sie dazu drängen. Denn auch für uns sollten Grenzen das sein, was sie im Grunde genommen sind: Das absurdeste, was der Mensch je erfinden konnte, da sie Menschen voneinander trennen, statt sie zusammenzuführen. Ausserdem führen sie zu Erscheinungen, welche für einen logisch denkenden Menschen nicht zu verstehen sind: Nationalismus und Rassismus. Wer hat denn ein Interesse an solchen Linien zwischen Staaten? Doch nur die Mächtigen, die Elite. Denn sie üben die Kontrolle über Gebiete aus und können die darin lebenden Menschen z.B. in Kriegen für ihre Interessen einsetzen.

*Aber haben nicht vor allem die Wirtschaftskapitäne ein Interesse am Binnenmarkt Europa?*

Am Binnenmarkt schon. Aber für sie ist der Beitritt der Schweiz zur EG kein Muss. Sie haben sich schon lange auf Europa 92 vorbereitet und entscheidende ökonomische Verbindungen geknüpft. Deshalb kann es ihnen einigermaßen egal sein, ob die Schweiz beitrifft oder nicht.

*Aber nach einem Beitritt würden 40-Tonnen-Lastwagen durch unser Land fahren.*

Wahrscheinlich wird dies ein Preis sein, den wir für den Beitritt zahlen müssen. Doch ob dies wirklich ein so grosses Übel ist, kann schon bezweifelt werden. Wenn wir 40t- und 28t-Lastwagen miteinander vergleichen, dann sind die grösseren doch wesentlich moderner und deshalb meistens auch viel umweltfreundlicher. Da alle Länder eine 40t-Limite kennen, werden natürlich kaum mehr 28töner gebaut. Dies bedeutet, dass alle alten, sehr umweltschädlichen 28t-Lastwagen weiterhin zum Transit durch unsere Alpen eingesetzt werden. Kommt noch hinzu, dass für eine gewisse Frachtmenge natürlich viel weniger 40töner gebraucht werden, als wenn man dazu nur 28t-Lastwagen zur Verfügung hat. Dass dies einen Einfluss auf das Verkehrsvolumen hat, ist klar.



*Aber der Binnenmarkt Europa wird zu einem noch wachsenden Verkehrsaufkommen führen.*

Im Moment trifft diese Aussage begrenzt zu. Auch ohne Binnenmarkt würde der Verkehr weiter wachsen. Denn das Hauptproblem liegt nicht so sehr in den tarifarischen Hemmnissen, sondern in den viel

# Zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen

## JA zur Bundesfinanzordnung

Die SP sagt klar ja zur sozial ausgewogenen neuen Finanzordnung. Die Ablehnung durch den Vorort und den Gewerbeverband empfindet sie als politischen Rückenschuss. Die Gegner betreiben offenbar eine "Politik der leeren Kassen", welche auf einen Sozialabbau hinzielt. Die Unternehmen sowie die hohen Einkommen sollen ihrer Ansicht nach noch weitergehend entlastet werden - zulasten der grossen Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentnerinnen und Rentner, der Konsumentinnen und Konsumenten.

Mit grossem Einsatz ist im Parlament an einer Kompromissformel gearbeitet worden. Die Vorlage ist ausgewogen, verteilt Opfer und Nutzen gleichmässig und ist entsprechend breit abgestützt. Die Revision der Stempelsteuer und der Wegfall der "taxe occulte" entlasten einerseits den Finanzplatz Schweiz und die Wirtschaft. Die neue Mehrwertsteuer schafft andererseits die Möglichkeit einer gesicherten und sozialen AHV-Finanzierung, ja sie bringt

---

zu billigen Transportkosten. Diese basieren auf offenbar unverändert falschen volkswirtschaftlichen Berechnungen, wie in den Frachtrechnungen der Frachtbezieher deutlich wird. Um dieses Problem zu lösen, wird es unumgänglich sein, mit noch mehr Intensität als bisher darauf zu drängen, dass in die Transportkosten alle volkswirtschaftlichen Kosten, auch die unsichtbaren, noch nicht zu berappenden Verminderungen der Lebensqualität, wie Luftverschmutzung, Lärmbelästigung, Verkehrbelästigung und Abnützung der Strassen in realistischer Weise verrechnet werden müssen. Eine solche Erhöhung der Kosten für Transporte würde zwangsläufig die Preise für die hergeholten Güter erhöhen, somit deren Nachfrage dämpfen und letztlich zu einer drastischen Verminderung der Verkehrsintensität führen. Eine strikte Anwendung des Verursacherprinzips und Verzicht auf Subventionierung des Strassenverkehrs kann nur in einem so grossen Raum wie Europa konsequent durchgeführt werden. Einzelstaatlich verwirklicht würde die Wirkung solcher Massnahmen aufgrund von Ausweichmöglichkeiten verpuffen.

Gary Seitz

mehr Steuergerechtigkeit. Im internationalen Vergleich nimmt sich der Satz von 6,2 Prozent sehr bescheiden aus, so dass die Mehrwertsteuer zu einer kaum spürbaren Mehrbelastung der Haushalte führen dürfte.

Der Abstimmungskampf um die Finanzreform erhält jedoch über die steuertechnischen Fragen hinaus grundsätzliche, ja staatspolitische Bedeutung. "Eine dauerhafte und zeitgemässe Finanzordnung ist kein Selbstzweck und schon gar nicht ein blosses Steckenpferd des Finanzministers", betont Bundesrat Otto Stich. "Sie ist vielmehr Voraussetzung und Grundlage eines handlungsfähigen Staates. Eines Staates, der es ernst meint mit der Solidarität gegenüber wirtschaftlich Schwächeren."

Finanzvorlagen finden indessen nicht leicht Mehrheiten im Volk. Sollte es den Wirtschaftsverbänden gelingen, ihr Nein durchzusetzen, so werden Sozialdemokraten und Gewerkschaften kämpfen. Wir werden jede nachfolgende, weniger soziale Finanzordnung zu verhindern wissen!

## NEIN zum Militärstrafrecht

Sollen weiterhin die Militärstrafrichter das Gewissen von Militärdienstverweigerern überprüfen, beurteilen, taxieren? Sollen sie weiterhin Urteile fällen, welche junge Menschen für ihre ethische Grundhaltung kriminalisieren? Nur eine kleine Minderheit erhielte auch künftig einen Ersatzdienst in Form unbefriedigender Zwangsarbeit gewährt. Die Mehrheit müsste eher noch mit einer Strafverschärfung rechnen.

Die Schweiz kennt als einziges Land Westeuropas mit allgemeiner Wehrpflicht keinen Zivildienst. 1989 stimmten aber 36 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer – und insbesondere eine Mehrheit der Männer im Auszugsalter! – für die Abschaffung der Armee. Gleichzeitig beschliesst ein bürgerlich dominiertes Parlament eine Vorlage, welche die Dienstverweigerer gar noch schlechter stellt als bisher.

Die SP tritt für einen echten Zivildienst ein. Und zwar sofort. Bis das Parlament entschieden hat, verlangen wir einen Straferlass für alle Dienstverweigerer, wie er von den Kantonen Genf und Tessin vorgeschlagen wird. Diese Kantone stecken bis auf weiteres keine Verweigerer mehr ins Gefängnis.

Willy Rüegg

# Frauen wollen Taten sehen!

10 Jahre sind es her, seit das Schweizer Volk den Gleichstellungsartikel der Bundesverfassung angenommen hat: "Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für die Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit." Seither ist viel zu wenig für die tatsächliche Gleichstellung der Frau geschehen.

Frauen verdienen durchschnittlich noch immer ein Drittel weniger als Männer. Die Leistungen als Mutter und Hausfrau werden von den Sozialversicherungen nicht anerkannt. Haushaltsorgen sind noch immer Frauensorgen. Es sind besonders Frauen, die von der neuen Armut betroffen sind. Auch sind Frauen in Berufen mit monotoner und schlecht bezahlter Arbeit überproportional vertreten.

## Geduld am Ende

Die Gewerkschaften wollen sich nicht länger gedulden. Sie rufen die Frauen zum landesweiten Frauenstreik am 14. Juni 1991 auf, exakt 10 Jahre nach der Abstimmung über den Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung. Frauen wollen endlich Taten sehen. Wir fordern:

- gerechte Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann. Beide sollen das Recht haben, Beruf und Familienleben zu vereinbaren.
- gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit
- gleiche Aufstiegschancen
- Erziehung der Kinder zur Gleichberechtigung und Partnerschaft
- gutgeführte Kinderkrippen und Tagesschulen



- einen wirksamen Mutterschutz
- Förderung des Wiedereinstiegs von Frauen in die Arbeitswelt
- solidarisch gestaltete Krankenkassenprämien für Frau und Mann
- eigenständige Rentenansprüche für Frau und Mann bei AHV und IV sowie Anerkennung von Betreuungsaufgaben und Hausarbeit durch die Sozialversicherungen
- Reduktion der Arbeitszeit für alle
- sozial abgesicherte Teilzeitstellen auf allen Ebenen

Kurz, wir fordern die volle Anerkennung der Leistungen der Frauen.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen wir mit diesen Forderungen hinter den Gewerkschaften und mit ihnen in einer langen Tradition für die Forderung nach Gleichstellung der Frauen. Deshalb unterstützen wir die Streikaktionen in Wädenswil und hoffen auf rege Beteiligung.

SP Wädenswil



WO MAN - POWER

# Wohnungsnot – welches Konzept bietet die SP?

Die SP-Parteiversammlung vom 26. März war ausschliesslich diesem brennenden Problem gewidmet. Nationalrätin Barbara Haering Binder war die kompetente Referentin, Sepp Dorfschmid der gewohnt umsichtige Moderator und Leiter der Veranstaltung im Volkshaus.

Wir kennen nun schon einige Jahre mit starkem Wirtschaftswachstum. Unser Bruttosozialprodukt wächst weiter, wir werden wohlhabender und mit dem Wohlstand wächst auch unsere Nachfrage nach Wohnfläche. Zudem sieht man den Raum Zürich als kommende Wirtschaftsmetropole. Wir konkurrieren weniger mit Städten wie Bern oder Luzern als vielmehr mit München, Frankfurt oder Mailand.

Die rasante Entwicklung wird einen anhaltenden Boom mit sich bringen. Arbeitsplätze werden entstehen, Leute werden in die Agglomeration Zürich strömen. Aber wo sie unterbringen? Woher das Bauland nehmen, das nicht mehr vorhanden ist?

Oder sollten wir uns dem Fortschritt verbauen? Gross-Zürich nicht mehr allzusehr wachsen lassen? Wohl kaum. Unsere Ansicht entspricht eher einem kontrollierten Ausbau der Agglomeration. Mit Gestaltungsinitiativen und Gestaltungsplänen können wir Einfluss nehmen. Wir können eine Verhandlungsbasis schaffen, auf welcher wir mit den Grundeigentümern über eine sinnvolle Bodennutzung verhandeln wollen. Wir möchten verhindern, dass weiterhin Bodenreserven mit dem Bau von Einfamilienhäusern schlecht ausgenützt werden. Wir betrachten die Durchsetzung der verdichteten Bauweise als unumgänglich.

Besonders jene Gegenden sollen intensiv genützt werden, die relativ gut mit den öffentlichen Ver-

kehrsmitteln erschlossen sind. Die Grünzonen sollen geschont werden. Die Erhaltung der Fruchtfolgeflächen (Äcker) ist nicht mehr zwingend. Dieses Relikt aus der Anbauschlacht des Zweiten Weltkrieges hat keine Berechtigung mehr in einem Westeuropa mit grotesker Agrarüberproduktion, riesigen Butterbergen und enormen Fleischvorräten auf Halde.

Unsere Bauzonen sollten nachverdichtet werden. Bestehende Bauten können renoviert und gleichzeitig muss der Wohnraum besser ausgenutzt werden. Warum nicht Altbauwohnungen in diesem Sinne subventionieren? Auch das Mietzinsgefälle zwischen Neu- und Altbauwohnungen ist zu vermindern. Da leben betagte Personen alleine in übergrossen Wohnungen, die sie ehemals mit der ganzen Familie bewohnten, nur weil diese bedeutend günstiger sind als viel kleinere Neubauwohnungen.

Genossenschaftliches Wohneigentum ist zu fördern, denn Genossenschaften regulieren die Ansprüche und Kosten. Auch das verkehrsbezogene Bauen ist zu fördern, denn seit 60 Jahren ist der durchschnittliche Aufwand für den Arbeitsweg mit 30 – 40 Minuten gleich geblieben. Was am Arbeitsweg gespart werden kann, ist Freizeit, die uns mehr Lebensqualität bringt.

Die SP hat klare Konzepte dafür, wie das Wohnproblem zu lösen ist. Die Ideen müssen jedoch auch in die Öffentlichkeit hinausgetragen werden.

Hans Seitz

## GV der SP Wädenswil

Am 19. April fand die jährliche Generalversammlung der Sektion Wädenswil der Sozialdemokratischen Partei statt. Erfreulich war die Zahl der TeilnehmerInnen, erfreulich auch die vielen Neumitglieder. Grund zum Feiern gab der grosse Erfolg bei den Kantons- und Regierungsratswahlen.

Hans Wöhrle und Hans Frey wurden für ihre 25-jährige Mitgliedschaft geehrt. Dank für seine einsatzfreudige Vorstandsarbeit wurde dem zurücktretenden Alois Kürsteiner ausgesprochen.

Der neugewählte und erweiterte Vorstand konstituiert sich wie folgt:

Sepp Dorfschmid, Präsident, Beat Padlina, Kassier, sowie Ursi Diener-Brunner, Hanna Landolt, Peter Montigel, Annemarie Schwarzenbach-Stocker, Gary Seitz, Hans Seitz und Edith Stoll.

Herzlichen Dank allen Genossinnen und Genossen für ihre Arbeit im letzten Jahr!

Hans Seitz

---

**Die Sektion Wädenswil der Sozialdemokratischen Partei hat Lilian Goldberger und Julia Gerber Rüegg als Kandidatinnen für die kommenden Nationalratswahlen nominiert.**

# Hunger

**Mit 5.3 Milliarden Menschen ist unsere Erde bereits hoffnungslos überbevölkert. Für das Jahr 2000 werden 6,25 Mrd. vorhergesagt, für 2025 bereits 8,5 Mrd. Die meisten davon werden auf die Entwicklungsländer entfallen.**

Zwei Milliarden Menschen müssen schon heute ohne einwandfreies Trinkwasser auskommen. 1,2 Milliarden Menschen ohne sanitäre Einrichtungen. Derzeit sterben jährlich 15 Millionen Kinder unter fünf Jahren an Hunger oder Krankheiten. 300 von 1000 bolivianischen Kindern sterben vor ihrem sechsten Geburtstag. In Ruanda liegt die durchschnittliche Zahl der Lebendgeburten einer Frau bei 8,5 Kindern. Jedes vierte stirbt vor dem fünften Lebensjahr.

Wie ist dieser Überbevölkerung beizukommen? Zwei effiziente Mittel hat unsere Industrie bisher entwickelt: Massenvernichtungswaffen und Verhütungsmittel. Da wir uns sicherlich nicht fürs erste entscheiden, wählen wir das zweite. Daran aber führt kein Weg vorbei! Denn ohne konsequenten und weltweiten Einsatz moderner Empfängnisverhütungsmittel ist die Apokalypse, die der Menschheit droht nicht abzuwenden. Das Pandämonium von Verelendung, Hunger, Seuchen und Tod unausweichlich.

Was aber treibt den Papst dazu, eine überbevölkerte Welt mit seinen Kampagnen noch dichter bevölkern zu wollen. Er fordert die Apotheker auf, keine Medikamente gegen das Leben, gemeint sind Verhütungsmittel, zu verkaufen. Ihm, der in einem naiv-gläubigen polnischen Katholizismus aufgewachsen ist, fällt die Wahrheit Gottes, platsch, direkt vom Him-

mel zu. Mit dieser Weisheit verordnet er: Bei jedem Geschlechtsverkehr muss stets ein Kind gewollt werden. Verhütung von Schwangerschaften mit künstlichen Mitteln ist schwere Sünde. Denn Frauen sind schliesslich dazu erschaffen, Gattinnen und Mütter zu sein. Die Kirche weiter: Wer Verhütungsmittel benutzt, will nicht, dass neues Leben entsteht, weil er ein solches Leben als Übel betrachtet. Dies ist die Einstellung eines Mörders, der es als Übel betrachtet, dass sein Opfer existiert.

Geht es der Kirche wirklich so sehr darum, das menschliche Leben zu erhalten und zu schützen? Kaum, denn ihre karitativen Aktivitäten zielen nicht auf eine Strukturverbesserung in den ehemaligen Kolonialländern ab. Nicht auf eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Lebensgrundlagen. Und gegen das direkte Töten von Menschen in sogenannten gerechten Kriegen hat sie sich nie gestellt.

Was ist ein gerechter Krieg? Ein ihr genehmer?

Nein, es geht dem Papst vordringlich um die Konsolidierung seiner Macht. Indem er die Lust zur Sünde macht, die nur von der Kirche vergeben werden kann. Macht über die Seelen. Erst der Eingriff in den intimsten menschlichen Bereich macht die Menschen gefügig. Dazu Erich Gerhard: "Es geht ihnen um Machtausübung und Machterhaltung durch das gewissenhafte Ein-

Gestaltungspläne  
Molkerei- und  
Ferrari-Areal:

Falls Sie sich mit uns  
für Menschen und  
Umwelt einsetzen,  
gibt es nur ein **JA!**



*„Auch wir haben in der Vergangenheit große Fehler gemacht; wir hätten ihr niemals erlauben dürfen, daß sie sich bewegt!“*

pflanzen sogenannter göttlicher Gebote und Verbote im Bereich der menschlichen Sexualität, im Wissen um das programmierte Versagen der Opfer von der Kindheit bis ins Alter. Das Perfide liegt in der Erzeugung von Schuldängsten und Schuldigen bei gleichzeitiger Beanspruchung des Monopols auf Schulterlass."

Hans Seitz

# Gute Kinderbetreuung liegt im allgemeinen Interesse

**Am Abstimmungswochenende vom 2. Juni haben die Stimmberechtigten der Stadt Wädenswil über eine Vorlage zu befinden, welche vom Gemeinderat einstimmig zur Annahme empfohlen wird: die Unterstützung der Kinderkrippe Wädenswil.**

Die Kinderkrippe wurde schon bisher durch jährliche Beiträge von zuletzt 75'000 Franken unterstützt. Nachdem die vorher weit unter dem allgemeinen Lohnniveau liegenden Löhne des Krippenpersonals in den letzten Jahren angehoben wurden und auch die übrigen Kosten stark angestiegen sind, sieht sich der Krippenverein ohne eine massive Erhöhung der Beiträge der öffentlichen Hand nicht mehr in der Lage, den Betrieb zu finanzieren. Gemäss der Abstimmungsvorlage soll nun die Stadt Wädenswil die Krippe künftig nicht mehr mit fixen Beiträgen, sondern durch die Übernahme des Betriebsdefizites unterstützen. Dieses dürfte für das laufende Jahr voraussichtlich 150'000 Franken betragen. Der Vertrag mit dem Krippenverein sieht ausserdem vor, dass die Krippenliegenschaft an der Etzelstrasse 6 unentgeltlich in das Eigentum der Stadt übergeht.

Kinderkrippen sind heute nicht mehr Institutionen für wenige Ausnahmefälle und nur für "Arme", sondern sie stellen eine Alternative für immer mehr Familien dar.



Für die zunehmende Zahl von Alleinerziehenden, aber auch für Elternpaare, bei denen Vater und Mutter nicht ganz aus dem Beruf aussteigen können oder wollen. Deswegen wird das Krippenwesen heute allgemein als selbstverständliche öffentliche Aufgabe betrachtet.

Gleichzeitig werden heute höhere Ansprüche an die Art der Betreuung gestellt als früher: Die Kinder sollen nicht mehr nur "gehütet" und versorgt, sondern erzogen und betreut werden. Ein Kind in eine der heute vielfach ausgezeichnet geführten Krippen zu geben, ist somit keine "Notlösung" mehr; viele Kinder profitieren sogar sehr von dieser ausserhäuslichen Be-

treuung. Diese Entwicklung forderte eine bessere Ausbildung der Krippenerzieher/innen, was auch eine bessere Entlohnung rechtfertigte.

Beide Entwicklungen haben dazu geführt, dass Krippen mit für die Eltern tragbaren Kostenbeiträgen heute nicht mehr ohne öffentliche Unterstützung zu führen sind. Die SP-Fraktion im Gemeinderat hat daher die Übernahme des Betriebsdefizits durch die Stadt unterstützt. Die getroffene Abmachung bezüglich der Liegenschaft gibt der Stadt wie dem Krippenverein – der weiterhin den Betrieb führen wird – Gewähr, dass das Haus seiner jetzigen Zweckbestimmung auch langfristig erhalten bleibt. L. Goldberger

# Schulergänzende Kinderbetreuung

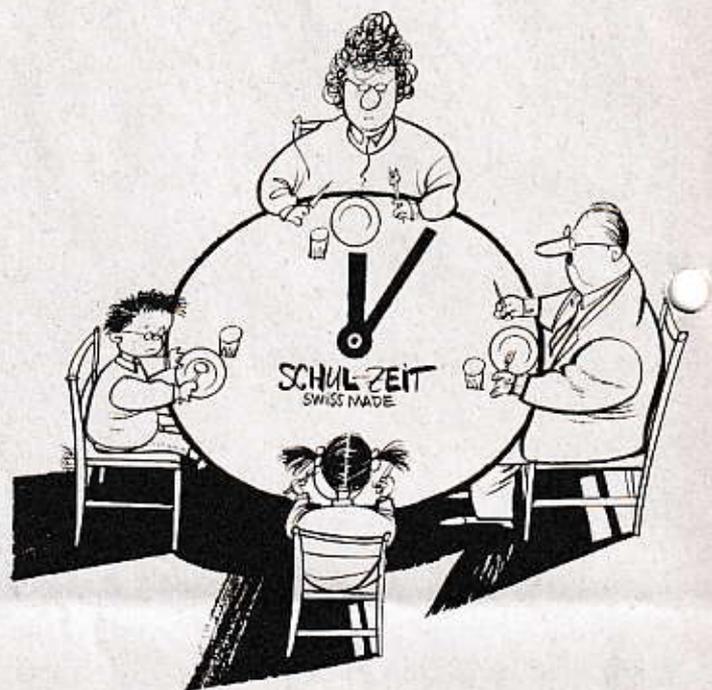
Die unkoordinierten Unterrichtszeiten am Kindergarten und an den unteren Klassen der Primarschule stellen viele Eltern vor Probleme. Deshalb ist die Forderung nach Tagesschulen, Schülerklubs und Mittagstischen auch in Wädenswil erneut erhoben worden.

Wie soll eine Mutter ihren Alltag planen können, wenn sie mehrere Kinder mit unterschiedlichen Stundenplänen hat? Manche Stundenpläne werden zu recht als mütter- und familienfeindlich bezeichnet, verlangen sie doch eine Unterordnung des Familienlebens unter die Schule. Von der Situation der AlleinerzieherInnen ganz zu schweigen. Zur Erwerbsarbeit gezwungen, bleibt ihnen oft keine andere Wahl, als ihre Kinder dem Hort anzuvertrauen. Andere Eltern wiederum würden ihre allein aufwachsenden Kinder über Mittag gerne in einer Gruppe belassen, damit sie sich behaupten lernen, finden aber kein Platzangebot. Die Bedürfnisse von Eltern und Kindern sind je länger je vielschichtiger. Eines jedoch ist klar: Das Leitbild eines Dienstleistungsunternehmens hat sich in der Volksschule noch nicht durchgesetzt. Denn sonst müssten Unterrichtszeiten in erster Linie auf die Bedürfnisse der SchülerInnen und Eltern ausgerichtet sein. Tagesschulen oder Mittagstischangebote wären weit verbreitet, unbetreute *Shopping-* oder *Schlüsselkinder* unbekannt.

Dies ist leider noch nicht der Fall. Vielmehr schimmert nach wie vor die Grundhaltung der Erziehungs- und Disziplinierungsanstalten des 19. Jahrhunderts durch. Nach dem Motto *Wer lernen will, muss leiden*, entrichtet, wer seine Kinder an der Volksschule ausbilden lässt, sein ganz persönliches Lehrgeld: Verzicht auf Freizeit, berufliche Entwicklung, soziale Betätigung und anderes mehr. Ein Verzicht übrigens, der unsere Gesellschaft schlussendlich teuer zu stehen kommt.

Weshalb nimmt unsere Bevölkerungszahl ständig ab? Manche SchweizerInnen können sich mehr als ein Kind nicht nur finanziell nicht mehr leisten. Die Arbeitgeber verlangen 120-prozentigen Einsatz, zudem Flexibilität und hervorragende Leistungen, lassen ihr Personal aber andererseits allein, wenn es um die Bewältigung einer Mehrfachbeanspruchung durch Familie, Beruf und Gesellschaft geht.

Kann es so weitergehen? Schweden beispielsweise, das Land mit der höchsten Frauenarbeitsquote und



*Schulzeit = Zeitmass aller Dinge.?*

einem hervorragend ausgebauten Sozialnetz, löst diese Probleme liberal mit einem durchgängig sozialisiertem Kinderbetreuungsangebot. Bei uns ist der Wunsch nach zusammenhängendem Unterricht in Blockzeiten und einem Betreuungsangebot für SchülerInnen unüberhörbar. Der politische Wille zur Verbesserung des schulergänzenden Betreuungsangebots bei gleichbleibend hoher Qualität der Schule ist jedoch noch nicht überall vorhanden.

Wir Sozialdemokraten meinen, dass es heute an der Zeit ist, uns den Ausbau der Schule etwas mehr kosten zu lassen. Denn eine Investition in unsere Jugend ist in jedem Fall die ertragreichste aller möglichen Kapitalanlagen. Europatauglichkeit ist ein weitverbreitetes Schlagwort: Im Bereich der schulergänzenden Kinderbetreuung können wir die Forderung nach Angleichung an das europäische Niveau getrost unterstützen.

Willy Rüegg

# Wenn Menschen fliehen müssen

Eine Ausstellung über die Unterentwicklung der Dritten Welt, die Hintergründe des Flüchtlingselends und die Solidarität der Schweiz. Vom 1.–10. Juni 1991 in der alten Druckerei "zum Florhof", Zugerstrasse 16, 8820 Wädenswil, täglich geöffnet.

Die Ausstellung wird durchgeführt von der Primarschule Wädenswil und steht unter dem Patronat des Eidgenössischen Departementes des Äusseren, des Schweizerischen Roten Kreuzes, der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe und des UNO-Hilfswerks für Flüchtlinge.

Das Rahmenprogramm wird von der Lehrerschaft, der Lesegesellschaft, dem Forum und dem Drittweltverein bestritten:

**Samstag, 1. Juni 1991, 17.00 – 18.30 Uhr**

**Vernissage**

**Montag, 3. Juni 1991, 20.00 – 21.30 Uhr**

**Workshop für LehrerInnen: "Die Drittweltproblematik und unsere Schüler"**

**Mittwoch, 5. Juni 1991, 20.00 – 21.30 Uhr**

**Helen Schär, Erklärung von Bern, "Fremde Welten – Kinder- und Jugendliteratur als Spiegel fremder Kulturen"**

**Freitag, 7. Juni 1991, 20.00 – 21.30 Uhr**

**Erich Schmid, Autor, Journalist und Filmemacher, "Jeevan – ein Film und seine Hintergründe"**

**Sonntag, 9. Juni 1991, ab 18.00 Uhr**

**Abschlussfest für HelferInnen**

**Kontaktperson: Willy Rüegg, SP-Schulpfleger**



**Adolf Thalmann-Grob  
1909 – 1991**

Am 27. April 1991 starb Adolf Thalmann – unser Dölf – kurz nach seinem 82. Geburtstag im Krankenhaus Wädenswil. Als Thurgauer von Tannegg-Fischingen ist er im Tannzapfenland aufgewachsen und besuchte sodann die Textilfachschule in Wattwil, wo er als Webermeister ausgebildet wurde. Anfangs der 30er Jahre kam er nach Wädenswil und arbeitete während Jahrzehnten in der TUWAG. Bereits 1935 schloss er sich der Gewerkschaft "Textil Chemie Papier" an. 1953 trat er in die SP ein. Einige

Jahre zuvor wurde er Mitglied der Mieterbaugenossenschaft und des Sängerbundes. Allen diesen Organisationen hielt er in engagierter und vorbildlicher Art die Treue. Besonders erwähnt seien seine lebendigen Protokolle als Aktuar des Arbeiterbildungsausschusses. Bis ins hohe Alter blieb Dölf Thalmann auch dank der lebhaften Unterstützung seiner Frau Julia aktiv. Allen, die ihn kannten, war er ein guter, väterlicher Freund. Wir bleiben ihm dankbar verbunden.

Hans Schulthess

# Abstimmungsparolen der SP Wädenswil

- JA zur Bundesfinanzordnung  
NEIN zur Verschärfung des Militärstrafrechts  
JA zu den Gestaltungsplänen Ferrari und Molki-Areal  
JA zur Kinderkrippe  
JA zu den 5 kantonalen Vorlagen
- 

## SP-Termine

30. 5. 91 Parteiversammlung um 20.00 im Volkshaus zur Zusammenarbeit zwischen Behörden, Fraktion und Parteibasis
- 1.–10. 6. 91 Ausstellung "Wenn Menschen fliehen müssen" in der alten Druckerei Baumann zum Florhof
1. 6. 91 Tagung der Umweltkommission der SP Kanton Zürich, 13.30 – 17.00, "Vollzug des Umweltschutzes durch die Gemeinden", Restaurant Sonne, Aathalstrasse 5, Uster
8. 6. 91 Tagung der Bildungskommission der SP Kanton Zürich, 13.15 – 17.30, "Integration ist lernbar", im Schulhaus Hirschengraben, Hirschengraben 46, Zürich
15. 6. 91 ausserordentlicher SP-Parteitag in Meilen, Nationalratslisten
29. 6. 91 Burgruinenfest ab 19.00 (Verschiebedatum: 5. Juli)
- 29.8.–31.8.91 Bad Lostorf (Olten), "Wege zu einer neuen Gesundheits- und Sozialpolitik"
- 

## Impressum

- Redaktion: Verena Bürchler, Willy Rüegg, Hans Seitz  
Gestaltung: Willy Rüegg  
Druck: Druckerei Brühwiler AG, Horgen  
Verlag: Sozialdemokratische Partei Sektion Wädenswil, Postfach, 8820 Wädenswil
- 

AZB 8820 Wädenswil